

Nr.: 04/03

**Niederschrift über die
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates
am Montag, dem 19.05.2003
im Veranstaltungssaal des Kulturzentrums PFL, Peterstraße 3**

Anwesend:

vom Rat:

Oberbürgermeister Schütz
Bürgermeister Nehring
Bürgermeisterin Eilers-Dörfler
Ratsherr Adler
Ratsherr Albayrak (ab TOP 7)
Ratsherr Bischoff
Ratsherr Blöcker (ab TOP 7)
Ratsfrau Bockmann (bis TOP 6)
Ratsfrau Bollerslev
Ratsfrau Burdick
Ratsfrau Conty
Ratsfrau Diederich
Ratsherr Drieling
Ratsherr Ellberg
Ratsfrau Flemming-Schneider
Ratsfrau Hartmann
Ratsherr Harzmann
Ratsfrau Hille
Ratsherr Hochmann
Ratsherr Kaps
Ratsherr Klarmann
Ratsherr Dr. Knake
Ratsherr Krummacker
Ratsfrau Lück
Ratsherr Mühlbradt

Ratsfrau Müller
Ratsherr Müller
Ratsfrau Mulhaupt
Ratsfrau Neumann
Ratsfrau Neumann-Gäßler
Ratsfrau Nienaber
Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann
Ratsherr Norrenbrock
Ratsherr Dr. Pade
Ratsherr Reck
Ratsherr Reinking
Ratsfrau Rohde-Breitkopf
Ratsherr Rosenkranz
Ratsfrau Rudolph
Ratsfrau Scheibert
Ratsfrau Scheller
Ratsherr Schwartz
Ratsfrau von Seggern
Ratsherr Siek
Ratsherr Stratmann (bis TOP 6)
Ratsherr Thole (ab TOP 5)
Ratsherr Vahlenkamp
Ratsfrau Woltemade
Ratsfrau Würdemann
Ratsherr Zietlow

von der Verwaltung:

Stadträtin Meyn
Stadträtin Opphard
Stadtbaurat Dr. Pantel

Ltd. Städt. Direktorin von Danckelman
Pressesprecher Krogmann
Verw.angest. Jerke als Protokollführerin

Entschuldigt fehlen:

vom Rat:
Ratsfrau Ahrens
Ratsfrau Dammers
Ratsherr Dr. Niewerth

Von der Verwaltung:
Stadträtin Niggemann

Beginn der Sitzung: 18.11 Uhr
Ende der Sitzung: 20.16 Uhr

Hinweis:

Mit Ausnahme der **beigefügten Anlagen 2 und 7** wurden die Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Ratsvorsitzender Nehring weist auf die Ergänzung der Tagesordnung um TOP 7.1.4 hin und stellt die Absetzung des TOPs 7.6.1 zur Diskussion, da der Fachausschuss darüber noch nicht beraten habe. Die Tagesordnung (öffentlicher Teil) wird mit dieser Absetzung genehmigt.

- einstimmig -

zu 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 03/03 (öffentlicher Teil) vom 17.03.2003

Die Niederschrift (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

- einstimmig -

zu 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- liegen nicht vor -

zu 5 Einwohnerfragestunde (Anlagen 1 und 2)

Herr Matthias Lange stellt nach einer kurzen Vorstellung seiner Person Fragen zum Thema Castor-Transporte durch Oldenburg.

Oberbürgermeister Schütz beantwortet diese (**Anlage 2**).

Als Nachfrage möchte Herr Lange wissen, ob bereits eine Evakuierung geübt worden sei und wie lange diese Maßnahme andauern würde.

Oberbürgermeister Schütz teilt mit, dass eine entsprechende Übung während seiner Amtsperiode noch nicht erfolgt sei und verweist auf die Abläufe gemäß den Handbüchern zum Katastrophenschutz und Einsatzräume zum Katastrophenschutzplan.

In Bezug auf die Antwort des Oberbürgermeisters fragt Herr Lange mit Hinweis auf die Feststellung unabhängiger Experten, die die Sicherheit der Castorbehälter anzweifeln, ob der Oberbürgermeister auf das Sicherheitskonzept vertraue.

Oberbürgermeister Schütz weist auf die sehr geringe Wahrscheinlichkeit

eines Risikos hin. Wenn es aber zu einem Unfall käme, sehe er aber erhebliche Probleme, so dass er den von der jetzigen Bundesregierung beschlossenen Atomausstieg befürworte. Es müsse aber zwangsläufig eine geordnete Rückabwicklung erfolgen, so dass ein gewisses Risiko hinzunehmen sei. Er teile aber das Unwohlsein in dieser Angelegenheit mit Herrn Lange.

zu 6 Sitzübergang im Rat

Oberbürgermeister Schütz informiert, dass, Herr Stratmann und Frau Bockmann formgerecht mitgeteilt hätten, auf ihre Ratsmandate zu verzichten. Gemäß § 37 Abs. 2 NGO sei den Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Beide machen von ihrem Recht Gebrauch.

Herr Stratmann weist auf die bestehenden Probleme auf Landes-, Bundes- und auf kommunaler Ebene hin. Er mache gerade in diesen Tagen die Erfahrung, dass seine langjährige kommunale Erfahrung ihm bei seiner jetzigen Tätigkeit sehr nützlich sei. Gerade im kulturellen Bereich, wo die Subventionsquote immer hoch gewesen sei, sei er jetzt aufgrund der dramatischen finanziellen Situation gezwungen, vielfach abschlägige Förderbescheide zu erteilen. Die Situation sei mehr als dramatisch und er appelliere an Alle, zur Vernunft zu kommen und gemeinsam die Probleme zu lösen. Er bedankt sich bei allen Ratskolleginnen und -kollegen für die faire konstruktive Zusammenarbeit, die ihm immer sehr viel Freude bereitet habe.

Frau Bockmann beschreibt die aktuelle kommunalpolitische Rolle so, dass eigentlich durch besondere Funktionsfähigkeit aus leeren Kassen Kapital geschlagen werden müsse. Sie hätte gerne an dieser Funktionsfähigkeit weitergearbeitet, auch wenn Kommunalpolitik schwierig und zeitaufwendig sei. Besonders erwähnen wolle sie die schwierigen Projekte, wie die Umsetzung des Marschwegstadions, die Unterführung des ZOB und die Planungen in der Hausbäkeniederung. Trotzdem habe sie immer Spaß an der Arbeit gehabt. Auch in der Ausschussarbeit habe man trotz aller Meinungsverschiedenheiten fast immer einen gemeinsamen einvernehmlichen Weg gefunden. Aufgrund ihrer neuen Tätigkeiten im Fraktionsvorstand in Hannover als Stellvertreterin von Sigmar Gabriel und als Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses des Niedersächsischen Landtages könne sie aus zeitlichen Gründen nun nicht mehr mit dem erforderlichen Einsatz ihrer Ratstätigkeit nachgehen. Sie bedankt sich herzlich für die kollegiale Zusammenarbeit, auch in der eigenen Ratsfraktion.

Ratsvorsitzender Nehring bedankt sich bei Beiden für die gute Zusammenarbeit und wünscht für die Zukunft alles Gute.

Oberbürgermeister Schütz stellt das gute Klima innerhalb des Rates heraus und würdigt die entsprechenden Beiträge dazu von Frau Bockmann und Herrn Stratmann. Er bedauert sehr, dass nun hohe politische Kapazitäten mit langjähriger Ratserfahrung ausscheiden. Sie hinterließen eine große Lücke und er sei sich sicher, dass nicht nur bei ihm ein Verlustgefühl aufkäme. Er würdigt besonders die Arbeiten von Frau Bockmann im Bauausschuss und die von Herrn Stratmann im Kulturausschuss und appelliert an Beide, weiterhin die Oldenburger Belange zu unterstützen. Abschließend bedankt

er sich herzlich für die bisherige Arbeit im Rat der Stadt Oldenburg und überreicht Blumen.

Der Rat fasst darauf hin folgenden Feststellungsbeschluss:

“Die Mitgliedschaften der Ratsmitglieder Lutz Stratmann und Heike Bockmann im Rat der Stadt Oldenburg (Oldb) enden am 19.05.2003 durch Verzicht.”

- einstimmig -

Oberbürgermeister Schütz teilt mit, dass aufgrund des Sitzverlustes von Herrn Stratmann gemäß Nds. Kommunalwahlgesetz der frei gewordene Sitz auf die nächste Ersatzperson,

Herrn Peter Blöcker, Hochheider Weg 31, Oldenburg

übergehe.

Nächste Ersatzperson für Frau Bockmann sei

Herr Tahsin Albayrak, Hausbäcker Weg 30, Oldenburg.

Nach kurzer Sitzunterbrechung teilt Stadträtin Meyn als Wahlleiterin für die Kommunalwahl mit, dass Herr Blöcker und Herr Albayrak die Wahl angenommen hätten.

Oberbürgermeister Schütz belehrt die Rats Herrn Blöcker und Albayrak, dass sie der Amtsverschwiegenheit, einem Mitwirkungsverbot und einer besonderen Treuepflicht gem. §§ 25 bis 27 NGO gegenüber der Stadt unterliegen. Im Anschluss verpflichtet er sie per Handschlag zur gewissenhaften und unparteiischen Erfüllung ihrer Aufgaben.

Beide erhalten dann durch die Verwaltung eine Textausgabe der Niedersächsischen Gemeindeordnung, einen Auszug aus der NGO zur Pflichtenbelehrung, ein Merkblatt des Gemeindeunfallversicherungsverbandes und ein Schreiben zum Versicherungsschutz.

Rats Herr Blöcker und Rats Herr Albayrak erklären, dass sie, um an der weiteren Sitzung teilnehmen zu können, auf die Einhaltung der Vorschriften über die Einberufung des Rates verzichten. Anschließend nehmen sie ihre Plätze ein.

zu 7 Verwaltungsausschuss und Fachausschüsse

zu 7.1 Verwaltungsausschuss vom 05.05.2003 und 19.05.2003

zu 7.1.1 Überplanmäßige Ausgaben gemäß § 89 Abs. 1 in Verbindung mit §§ 66 und 61 Abs. 7 NGO (Eilentscheidung)

Vorlage: 03/0202 (Anlage 3)

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.1.2 Resolution `Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe`

Vorlage: 03/0222 (Anlage 4 und 5)

Ratsfrau Rudolph verweist auf die vorliegende Resolution und die damit verbundenen Forderungen. Bereits seit Mitte der 80-iger Jahre hätten die kommunalen Spitzenverbände regelmäßig die Verantwortung des Bundes und damit die Kostenübernahme für die Langzeitarbeitslosen gefordert. Dies sei eine der Forderungen, die langfristig eine weitere Verschuldung der Kommunen vermeiden könne. Die Vorschläge der Hartz-Kommission sehe ebenfalls ein einheitliches bundesfinanziertes Leistungsrecht für alle erwerbsfähigen Arbeitslosen vor. Abweichend von den bisherigen Forderungen schlage der Landkreistag aber jetzt vor, dass die Arbeitsämter künftig nur noch für die Bezieher von Arbeitslosengeld und für die Langzeitarbeitslosen die Kommunen zuständig sein sollen. Der Landkreistag gehe davon aus, dass der Bund den Kommunen die vollen Kosten, die durch den Übergang der bisherigen Arbeitslosenhilfe entstehen, erstattet. Dies bezweifle sie aufgrund der bisherigen Erfahrungen sehr. Im Übrigen sehe sie keinen Sinn in einer unterschiedlichen Behandlung von Arbeitslosen. Gerade durch eine neue Organisation solle ja eine Verbesserung der Arbeitsvermittlung erfolgen. Dies werde aber durch eine Trennung der Zuständigkeiten erschwert. Wenn man dem Vorschlag des Landkreistages folge, ergebe sich keine Verbesserung der Situation für die Arbeitslosen, lediglich eine Erhöhung der Ausgaben für die Kommunen. Die Fraktion werde daher der Resolution zustimmen.

Ratsherr Adler teilt mit, seine Fraktion werde der Resolution ebenfalls zustimmen. Der Deutsche Landkreistag verkenne mit seiner Erklärung, dass die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit beim Bund liege. Alle Instrumentarien, die die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen, lägen im Zuständigkeitsbereich des Bundes. Auf Landes- und kommunaler Ebene habe man wenig Einfluss darauf. Deswegen sei es richtig, die Zuständigkeit beim Bund zu belassen, der auch die Folgekosten aus einem einheitlichen Leistungsgesetz tragen müsse. Er weist auf einen sachlich falschen Fehler im Resolutionstext, 3. Absatz zu Punkt 1 hin: Das Wort „Währungspolitik“ müsse gestrichen werden. Abschließend thematisiert er, dass sich die Resolution auch an die Bundesregierung richte, nämlich mit der Botschaft, dass die Kommunen eine dringende Entlastung benötigten. Das was durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch die Verlagerung auf den Bund eingespart werde, müsse den Kommunen zur weiteren Aufgabenerledigung zur Verfügung gestellt werden. Im Übrigen sehe er aufgrund der Vorschläge im Hartz-Konzept und in der Agenda 2010, dass die Fälle von ergänzender Sozialhilfe zunehmen werden. Er appelliert an die SPD, die fehlgeschlagene Entwicklung zu korrigieren und den Sozialstaat zu erhalten und setze diesbezüglich Hoffnungen auf den kommenden Parteitag.

Ratsherr Dr. Pade gibt bekannt, die Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten. Die Resolution, die auf einen Vorschlag des Deutschen Städtetages von Anfang April basiert, sei eine Reaktion auf Papiere vom Deutschen Landkreistag. Inzwischen gäbe es aber eine Antwort des Deutschen Landkreistages, datiert von Anfang Mai, in der die Argumente aufgenommen und zum größten Teil widerlegt würden. Die fachliche Diskussion sei insgesamt noch gar nicht abgeschlossen und eine Festlegung zum jetzigen Zeitpunkt könne sogar kontraproduktiv sein. Am wenigsten seien hier die Kernfragen betrachtet worden, wie man den Betroffenen helfen könne und wie den Kommunen dabei garantiert werden könne, nicht noch mehr belastet zu werden als bisher. Diese Diskussion sei noch notwendig.

Ratsherr Schwartz ist der Auffassung, man müsse sich frühstmöglich in die Diskussion einschalten und teilt die Zurückhaltung der PDS-Fraktion nicht. Die Kommunen müssten jede Möglichkeit ergreifen, um Entlastungen zu erreichen. Man sei im Bereich der Sozialhilfe zu Gunsten des Bundes immer überstrapaziert worden. Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigten, dass man sich als Kommune nicht immer auf die bundespolitischen Zusicherungen verlassen könne und letztendlich doch finanzielle Belastungen hinzunehmen habe. Daher sei die Kernaussage im Resolutionstext, dass die Kommunen freigestellt werden und mit den Mitteln eigenständig wirtschaften sollen, wichtig und richtig. Neben den finanzpolitischen Erwägungen gäbe es aber auch viele sachpolitische Gründe, wie z. B. einheitliche Vermittlungsarbeit, die eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe rechtfertigten.

Ratsherr Reck bedauert, dass die Angelegenheit nicht im zuständigen Fachausschuss vorbereitet worden sei. Dennoch sei man in dieser Diskussion bereits in die Tiefe gegangen. Hauptargument seien immer Einsparpotentiale. Hier erinnert er an den Ausspruch von Bundesminister Clement anlässlich seines Besuches hier im Hause: „Wer die Musik bestellt, zahlt sie auch“. In diesem Zusammenhang wolle er auch für Stellwerk plädieren, denn diese Einrichtung leiste enormes und spare für die Stadt.

Oberbürgermeister Schütz informiert, dass alle Fraktionen im Städtetag der Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialhilfe zugestimmt hätten. Zur Situation in Oldenburg erläutert er, dass zurzeit ca. 10.000 Sozialhilfeempfänger Leistungen beziehen. Dies sei eine Quote von 64 – 66 Fällen pro 1000 Einwohner. Im Vergleich zum Ammerland mit 22 und Vechta mit 24 Fällen pro 1000 sei die Stadt um 300 % mehr belastet. Der Erwerbsfähigenanteil betrage ca. ein Drittel, das heiße, ca. 3.000 Hilfeempfänger seien in der Lage, eine Erwerbstätigkeit anzunehmen und könnten in die Kostenträgerschaft des Bundes übergehen. Diese Einsparung wäre neben der Revitalisierung der Gewerbesteuer der entscheidende Durchbruch, um den städtischen Haushalt zu entlasten. Daher müsse man für die Zusammenlegung plädieren. Dies sei wohl auch unstrittig. Die Betroffenheit der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger bei der Absenkung sei der eigentliche Streitpunkt. Der Ansatz des Hartz-Konzeptes und in der Agenda 2010 sei richtig, allerdings sei das Problem die Situation des Bundes, der letztendlich zahlen müsse. In der Gemeindefinanzreformkommission gäbe es erbitterte Auseinandersetzungen um die Frage der finanziellen Be- und Entlastungen. Um dafür einzutreten, dass die Entlastungsstrategien für die Kommunen auch voll greifen, sei man gut beraten, die Resolution mit vollem Nachdruck zu unterstreichen.

Ratsvorsitzender Nehring weist darauf hin, dass das neue gewählte Präsidium des Städtetages in Kürze zusammen kommen werde und mit einer großen Zustimmung zur Resolution noch vor der Sommerpause gestärkt in die Bundeskommission gehen könne, die über die Reform der Gemeindefinanzen diskutieren werde.

Dem Resolutionstext wird mit der Streichung des Wortes „Währungspolitik“ zugestimmt.

- mehrheitlich bei sieben Enthaltungen -

zu 7.1.3 Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien
(Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2003, Anlage 6)

Die beantragten Umbesetzungen in den Ausschüssen und Gremien werden festgestellt.

- einstimmig -

Ratsvorsitzender Nehring weist darauf hin, dass die Umbesetzungen im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Frau Bockmann in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden sollen.

zu 7.1.4 Überplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 432.000 EUR für das Sport- und Freizeitbad Hunte

Vorlage: 03/0296 (Anlage 7)

Ratsvorsitzender Nehring weist auf die Tischvorlage zu diesem TOP hin (**Anlage 7**) und teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss zwar darüber beraten, aber keine Beschlussempfehlung ausgesprochen habe.

Ratsherr Siek gibt bekannt, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Ein Grund sei, dass die Fraktion grundsätzlich nicht mit dem Bau dieses Bades an dieser Stelle einverstanden sei und bereits aus diesem Erwägungen dem Haushalt nicht zugestimmt habe. Im Übrigen könne man aufgrund der kurzfristig vorgelegten Tischvorlage die dargestellten Finanzierungsvorschläge nicht beurteilen. Zum einen soll die Sanierung der Feuerwache I verschoben werden und zum anderen auch der Ausbau der Jugendfreizeitstätte Kreyenbrück, die als Ersatz für die zu schließende Freizeitstätte Bümmerstede genutzt werden sollte. Es stelle sich nun die Frage, ob die Freizeitstätte in Bümmerstede so lange geöffnet bleibe, bis der Ausbau der Freizeitstätte in Kreyenbrück fertig sei und ob die Finanzierung schadlos eingesetzt werden könne. Viele Fragen blieben offen.

Stadbaurat Dr. Pantel informiert, dass die Verpflichtungsermächtigungen schadlos für das Sport- und Freizeitbad Hunte verwendet werden können, da im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens für die Skateboardbahn und den Anbau noch ergänzende Planungen erforderlich seien, die zu einer Verzögerung des Baubeginns führen.

Auf erneute Frage von Ratsherr Siek, ob die Jugendfreizeitstätte Bümmerstede so lange geöffnet bleibe, bis der Umbau in Kreyenbrück abgeschlossen sei, antwortet Oberbürgermeister Schütz, dass während der Sommerpause der Betrieb aufrecht erhalten werde.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

- mehrheitlich bei 20 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen -

zu 7.2 **Haushalts- und Finanzausschuss vom 02.04.2003 und 07.05.2003**

zu 7.2.1 **Abschnittsbildung und Aufwandsspaltung für die Bremer Heerstraße für den Abschnitt von Bahnhofsallee bis Dählmannsweg**

Vorlage: 03/0179 (Anlage 8)

- einstimmig -

zu 7.2.2 **Abschnittsbildung und Aufwandsspaltung für die Gartenstraße für den Abschnitt von Roggemannstraße/Am Schloßgarten bis Meinardusstraße/Marschweg**

Vorlage: 03/0180 (Anlage 9)

- einstimmig -

zu 7.2.3 **Aufwandsspaltung für die Haareneschstraße**

Vorlage: 03/0181 (Anlage 10)

- einstimmig -

zu 7.2.4 **Aufwandsspaltung für die Ammerländer Heerstraße**

Vorlage: 03/0210 (Anlage 11)

- einstimmig -

zu 7.2.5 **Aufwandsspaltung für die Cloppenburger Straße**

Vorlage: 03/0211 (Anlage 12)

- einstimmig -

zu 7.2.6 **Aufnahme von Kommunalkrediten**

Vorlage: 03/0205 (Anlage 13)

- mehrheitlich bei sieben Gegenstimmen -

zu 7.2.7 **Aufnahme von Kommunalkrediten für den Eigenbetrieb Weser-Ems Halle**

Vorlage: 03/0206 (Anlage 14)

Ratsfrau Diederich teilt mit, die Fraktion werde der Aufnahme des Kredites nicht zustimmen, da man den Zeitpunkt für verfrüht halte. Der Kredit und die damit zu finanzierende Verlegung der Werkstatt sei erst erforderlich, wenn die Sportarena gebaut werde, was aber noch nicht feststehe. Der Rat habe im Oktober 2002 einen Beschluss gefasst, der an bestimmte Voraussetzungen geknüpft worden sei, von denen sie hier nun einige aufführen wolle. Sofern schon eine dieser Voraussetzungen nicht erfüllt werde, könne die Sportarena nicht gebaut werden. Allein die festgelegte Investitionssumme von 8,18 Mio. € beruhe lediglich auf einer überschlägigen Wirtschaftlichkeitsberechnung, der Landeszuschuss sei noch immer nicht in der veranschlagten Höhe verbindlich zugesagt und auch bezüglich der zugesagten Sponsorengelder sei eine vertragliche Absicherung noch nicht erfolgt. Unklar sei auch, ob diese veranschlagten Gelder überhaupt ausreichen, zumal noch nicht einmal Mittel für die erforderliche Sanierung des Bodens zur Verfügung ständen. Man solle daher keine Kosten verursachen, die vielleicht gar nicht erforderlich seien.

Ratsherr Adler sieht diese Entscheidung ebenfalls im Zusammenhang mit dem von der Ratsmehrheit beschlossenen Bau der Sportarena. Aus der letzten Sitzung des Sportausschusses wisse man, dass die Entscheidung zum Bau einer Sportarena eine Entscheidung für die Förderung des Profisports zu Lasten des Breitensports sei. Die Sporthalle im Sportpark Osternburg, die bisher in diesem Rat in der Priorität immer vor der Sportarena stand, soll aus finanziellen Gründen gestrichen werden, da vermutlich auch über die GSG dieses Vorhaben nicht finanziert werden könne. Die sportpolitischen Prioritäten seien jetzt umgedreht. Die Fraktion sei aber nach wie vor für die Förderung des Breitensports in der Priorität und werde daher dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Ratsherr Klarmann kritisiert, dass die Debatte im Zusammenhang mit diesem Beschlussvorschlag nun in eine sportpolitische Diskussion mündet. Sowohl im Werksausschuss als auch im Sportausschuss habe man diese Diskussionen bereits geführt. Im Übrigen werde der Kommunalkredit für die Werkstatt nicht in Anspruch genommen werden, wenn die Sportarena nicht gebaut werde. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, damit der Verwaltung ein Handeln ermöglicht werde, sobald der Bau der Sportarena gesichert sei.

Ratsherr Dr. Knake wendet sich gegen die Diskussion zur Förderung des Profisports. Es gehe hier um die Schaffung eines herausragenden Freizeitangebotes für tausende von Zuschauern im Oberzentrum Oldenburg. Im Übrigen werde durch die Diskussion der Eindruck erweckt, als ob die andere Halle nicht gebaut werden könne, weil das Geld in die Sportarena fließe. Die Stadt selbst leiste für die Sportarena selbst lediglich einen finanziellen Beitrag in Höhe von 1,63 Mio. €. Damit könne man keine Halle bauen. Die GSG habe aber inzwischen erklärt, dass bei einer anderen Planung eine niedrigere Jahresmiete als 250.000 € möglich wäre. Egal welche Version man wähle, die GSG biete den Bau immer 40 - 50.000 € billiger an, als wenn die Stadt selbst bauen würde und die Kapitalkosten tragen müsste. Man müsse sich in den nächsten Haushalten darüber unterhalten, ob man die Halle im Stadtsüden bauen wolle oder nicht. Seitens der SPD-Fraktion werde der Bau der Sporthalle Osternburg innerhalb der Ratsperiode jedenfalls weiter vorangetrieben.

Ratsherr Krummacker weist auf die Zuständigkeit des Sportausschusses zur Diskussion der Umsetzung des Sportparks Osternburg hin, den seine Fraktion befürworte. Zum eigentlichen TOP merkt er an, dass der Umzug der Werkstatt nur erfolge, wenn die Sportarena gebaut werde, wovon die Fraktion aber ausgehe. Es sei dann erforderlich, dass für den Eigenbetrieb die Mittel für den Umzug der Werkstatt rechtzeitig zur Verfügung ständen. Man sei in Zeitdruck und daher werde die Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Ratsherr Siek argumentiert, in der Beschlussvorlage gehe es nicht darum, für die Weser-Ems Halle etwas zu tun, sondern das Baufeld für die Sportarena frei zu machen. Er zitiert aus der Vorlage, die Aussage, dass mit den Baumaßnahmen in Kürze begonnen werde. Man schaffe somit bereits Tatsachen. Im Übrigen komme hinzu, dass die 413.000 € nicht dem Bau der Sportarena mit der Gesamtsumme von 8,18 Mio € angelastet werden, sondern aus dem Schattenhaushalt Weser-Ems Halle kämen.

Ratsherr Norrenbrock ist der Auffassung, dass das Thema GSG hier überhaupt nicht zur Debatte stehe.

Oberbürgermeister Schütz weist auf den TOP hin, bei dem es um die Ermächtigung eines Kommunalkredites gehe. Die Grundsatzentscheidung zum Bau der Sportarena habe die Ratsmehrheit beschlossen und die Verwaltung müsse nun die entsprechenden Vorbereitungen treffen, die nun auch mit der Verlagerung der Werkstatt verbunden sei. Es selbst sei optimistisch, was die Finanzierung der veranschlagten 8,18 Mio € angehe.

- mehrheitlich bei neun Gegenstimmen -

zu 7.2.8 Aufnahme von Kommunalkrediten zur Umschuldung

Vorlage: 03/0223 (Anlage 15)

- einstimmig -

zu 7.2.9 Gründung eines Eigenbetriebes für die städtischen Bäder

Vorlage: 03/0226 (Anlage 16)

Ratsherr Harzmann hält die Gründung eines Eigenbetriebes für einen guten Schritt in die richtige Richtung. Dadurch würden bestehende Sachzwänge aufgehoben und betriebswirtschaftliches Denken und Marketing in diesen defizitären Bereich eingebracht. Er hoffe auf kompetente Besetzung der Geschäftsführerstelle mit Erfahrungen im Bädermanagement und Personalführung. Auch der zu gründende Werksausschuss solle mit Personen besetzt sein, die Erfahrungen im Bäderbereich gesammelt hätten.

- einstimmig -

zu 7.2.10 Überplanmäßige Bewilligung in Höhe von 41.000 EUR für die Sanierung der Toilettenanlage im Alten Rathaus, Markt 1

Vorlage: 03/0241 (Anlage 17)

Ratsherr Adler äußert, er gehe davon aus, dass mit dem geplanten Umbau auch indirekt die Entscheidung gefallen sei, dass der Oberbürgermeister im Rathaus bleiben werde.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

- einstimmig -

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck übernimmt die Sitzungsleitung.

zu 7.3 Ausschuss für Wirtschaftsförderung vom 28.04.2003

zu 7.3.1 Berufung eines beratenden Mitgliedes für den Ausschuss für Wirtschaftsförderung

Vorlage: 03/0200 (Anlage 18)

- einstimmig -

zu 7.4 Schulausschuss vom 06.05.2003

zu 7.4.1 Festlegung eines Schulbezirks für das Gymnasium Eversten

Vorlage: 03/0185 (Anlage 19)

Dem Beschlussvorschlag wird ohne Aussprache zugestimmt.

- mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen -

zu 7.5 Ausschuss für Stadtgrün und Umwelt vom 08.05.2003

zu 7.5.1 Berufung eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes für den Ausschuss für Stadtgrün und Umwelt

Vorlage: 03/0213 (Anlage 20)

- einstimmig -

zu 7.6 Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 15.05.2003

zu 7.6.1 Bebauungsplan N-607 E (nördlich Mittelkamp/westlich Butjadinger Straße)

- Prüfung der Anregungen

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 03/0130

- abgesetzt -

zu 7.6.2 Bebauungsplan S-710 (Am Bahndamm/Am Schmeel)

- Prüfung der Anregungen

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 03/0217 (Anlage 21)

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

- mehrheitlich bei sieben Gegenstimmen und zwei Enthaltungen -

zu 8 Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern

zu 8.1 Unterstützung des Agenda 21-Prozesses durch die Stadt (Antrag der PDS-Fraktion vom 02.05.2003)

Vorlage: 03/0310 (Anlage 22 und 23)

Ratsherr Adler kritisiert, dass in dieser Ratsperiode der Agendaprozess keine ausreichende Unterstützung erfahre. Dadurch, dass die Planstelle des Agendabeauftragten nicht wieder besetzt worden und auch kaum noch professionelle Unterstützung für die hauptamtliche Begleitung vorhanden sei, habe der Prozess sehr gelitten. Er vertrete die Auffassung, dass nun ein neuer Anschub dringend nötig sei und der Agendaprozess mit den wichtigen Bereichen wie der langfristigen Orientierung und nachhaltiger Wirtschaft sowie Ökologie wieder einen entsprechenden Stellenwert einnehmen müsse. Es sei auch bedauerlich, dass der Agendabeirat so lange nicht mehr getagt habe. Er appelliert, der Resolution zuzustimmen, um dem Prozess wieder auf breiter Grundlage die entsprechende Unterstützung zukommen lassen zu können und für die vielen Ehrenamtlichen ein Signal zu setzen.

Oberbürgermeister Schütz teilt mit, er habe immer erklärt, dass er die Stelle besetzen wolle, allerdings durch eine interne Besetzung. Er sei zuversichtlich, dass die Stelle kurzfristig besetzt werden könne. Im Übrigen sage er zu, dass der Prozess fortgeführt werde. In welcher Form, das werde der Agendabeirat entscheiden. Zu einer nächsten Sitzung am 03.06.2003 sei bereits eingeladen worden.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck fragt nach, ob die PDS-Fraktion aufgrund dieser Zusagen ihren Antrag aufrecht erhalten wolle. Ratsherr Adler bejaht dies.

Ratsherr Dr. Pade äußert, es werde hier mit zweierlei Maß gemessen. Die Stelle der Leitung des Fachdienstes Controlling sei auch extern ausgeschrieben worden. Die Stelle der/des Agendabeauftragte/n sei eine Querschnittsaufgabe, die sehr wohl hoch angesiedelt sei. Was die Resolution der PDS-Fraktion angehe, sehe er keinen Grund, weshalb dem nicht zugestimmt werden könne.

Stadträtin Opphard teilt ergänzend mit, dass man zuversichtlich sei, aus der Personalbörse heraus die Stelle kurzfristig qualifiziert zu besetzen.

Ratsherr Dr. Knake gibt bekannt, dass die Fraktion der Resolution der PDS-Fraktion nicht zustimmen werde, da diese beinhalte, dass die Stelle auch dann besetzt werden solle, wenn das von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren nicht zum Erfolg führe.

Oberbürgermeister Schütz weist auf die Zusage hin, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Stelle kurzfristig intern zu besetzen. Ob man aber gleichzeitig den Agendaprozess in einen Nachhaltigkeitsrat überführen, wie die PDS-Fraktion es fordere, sei politisch eine völlig andere Diskussion und müsse mit dem Beirat diskutiert werden. Man solle dem jetzt nicht vorgreifen.

Ratsherr Krummacker stimmt dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren zu und teilt mit, dass seine Fraktion dem Antrag der PDS-Fraktion nicht zustimmen werde, wenn es zur Abstimmung käme, da auch er der Auffassung sei, dem Diskussionsprozess des Agendabeirates dürfe nicht vorgegriffen werden.

Ratsherr Klarmann begrüßt die Aktivitäten der Verwaltung und informiert, dass für die Fraktion die Erklärungen und der Bericht zurzeit ausreichend seien. Man müsse die tatsächliche Umsetzung nach dem 03.06.2003 aber im Auge behalten.

Ratsherr Adler zieht den Antrag zurück und beantragt, die Angelegenheit weiter im Fachausschuss zu beraten.

Der Verweisungsantrag wird abgelehnt.

- mehrheitlich mit 22 Gegenstimmen -

Nehring
Ratsvorsitzender

Reck
stv. Ratsvorsitzender

Schütz
Oberbürgermeister

Jerke
Protokollführerin

Einwohnerfragestunde TOP 5 der Ratssitzung am 19.05.2003

Beantwortung der Fragen von Herrn Matthias Lange durch Oberbürgermeister Schütz

Frage 1:

Wieviele Atomtransporte, d.h. Transporte mit hochradioaktivem Material, haben seit Juni 2001 über das Oldenburger Stadtgebiet stattgefunden?

Antwort:

Acht

Frage 2:

Wird die Stadt im Vorfeld von Transporten mit abgebrannten Brennelementen oder MOX-Brennelementen, die über das Stadtgebiet führen, informiert?

Antwort:

Ja

Frage 3:

Ist untersucht worden, welche Auswirkungen Unfälle von Atomtransporten für das Stadtgebiet haben könnten? Wenn ja, zu welchem Ergebnis sind die Untersuchungen gekommen?

Antwort:

Es wurden keine eigenen Untersuchungen durchgeführt, da hinreichend Literatur und Gutachten anderer Gebietskörperschaften verfügbar sind (z.B. für die Stadt Hamburg).

Frage 4:

Welche Maßnahmen sieht der Oldenburger Katastrophenschutzplan für Unfälle von Atomtransporten, bei denen Radioaktivität freigesetzt wird, vor? Welche speziellen Maßnahmen werden zum Schutz der Bevölkerung getroffen?

Antwort:

Grundsätzlich sind die Eingriffsmöglichkeiten bei einem (unwahrscheinlichen) Unfall eines Atomtransports mit Freisetzung von Radioaktivität begrenzt. Maßnahmen die primär vom örtlichen Katastrophenschutz im Eintrittsfall getroffen werden sind reaktiv und umfassen beispielhaft Messtätigkeiten, Festlegung von Sperrbereichen, Einrichtung von Dekontaminationsstellen und ggf. Evakuierungen.

Frage 5:

Inwieweit ist der Oldenburger Katastrophenschutz technisch auf Unfälle mit Atomtransporten eingerichtet? Wie schnell kann festgestellt werden, welche Menge an radioaktiven Substanzen freigesetzt wurde?

Antwort:

Der Oldenburger Katastrophenschutz verfügt neben Strahlenschutzkomponenten der Berufsfeuerwehr über eine ABC- Abwehreinheit mit Schwerpunkt Erkundung und Dekontamination. Eine kurzfristige Feststellung welche Menge an radioaktiven Stoffen tatsächlich freigesetzt wurde ist nicht möglich.

Frage 6:

Ist der Stadt bekannt, dass Studien in anderen deutschen Städten zu dem Ergebnis kommen, dass ein wirklicher Katastrophenschutz bei Unfällen von Atomtransporten nicht möglich ist?

Antwort:

Ja

Frage 7:

Der ehemalige Oberbürgermeister von Frankfurt, Andreas Schoeler, sagte in einer Stadtverordnetenversammlung 1995:

Zitat: „Eine gezielte Information an die Bevölkerung über die Katastrophenschutzmaßnahmen zu den Castor-Transporten ist nicht möglich. Damit würde auch der falsche Eindruck erweckt, ein Castor-Atomunfall wäre beherrschbar. Es muss deutlich gesagt werden, dass Unfälle mit Castor-Behältern, die zum Freiwerden von ionisierender Strahlung führen, nicht beherrschbar sind.“

Herr Schütz, können Sie sich der Aussage Ihres ehemaligen Kollegen anschließen?

Antwort:

Die Risikoanalysen gehen von der akzeptierten sehr, sehr niedrigen Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Unfalls aus. Ich selbst halte den Ausstieg aus der Kernenergie für erforderlich, gleichwohl sind für die vorhandenen Standorte die vorhandenen Verträge abzuwickeln. Dies ist Inhalt des Atomausstiegsgesetzes.